

den jungen Genossen auch organisatorisch eignen Raum zu geben, solange die Sozialistische Arbeiterjugend nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Jugend für die unserer Bewegung gestellten Aufgaben geistig vorbereitet. Der größte Teil unserer proletarischen Jugendreserven sammelt sich vorerst in Organisationen, die das Bedürfnis nach sportlicher und militanter Betätigung zu befriedigen versprechen: im Turn- und Sportbund, im Reichsbanner usw. Hier können die Jungen mittun, hier sind sie nicht in die Rolle der Zuschauer und Zuhörer verwiesen. Aktivierung der Jungen in der Partei: das ist die Aufgabe. Man befriedigt aber den drängenden Willen der Jugend zur Aktivität nicht, wenn man ihr bloß die Kassierung der Beiträge und die Flugblattverteilung zur Aufgabe macht. So notwendig es ist, daß diese Dinge getan und grade auch von der Jugend als achtbare Parteiarbeit geschätzt werden, so wenig geben sie ihr doch Gelegenheit der Partei aus ihrer besondern jugendlichen Art heraus zu dienen. Eine Aktivierung tut not, die dem jugendlichen Menschen die Möglichkeit gibt sich mit Leistungen zu beweisen, die die besonderen Kräfte des jugendlichen Menschen in den Dienst nehmen. Es genügt auch keineswegs die Arbeitsgruppen der Jüngeren auf politische und geistige Schulungsarbeit zu beschränken, so notwendig sie diese umfassen müssen. Man wird vielmehr den jüngeren Genossen auch konkrete politische Arbeitsaufgaben zu setzen haben, die sich natürlich in die politische Aufgabe der Gesamtpartei einordnen müssen.

Die Jugendfrage wird allmählich zu einer Existenzfrage für die Gesamtpartei. Daß der Leipziger Parteitag sich seiner verantwortungsvollen Aufgabe bewußt ist und den Mut zu neuen Wegen findet, ist unsere Hoffnung.

MAX COHEN · WIE STEHEN WIR ZU BRÜNING?

SIT den Septemberwahlen des Jahres 1930 hat sich die latente Krise der besondern Art des deutschen Parlamentarismus (nicht etwa des parlamentarisch-demokratischen Systems schlechtweg) immer weiter verschärft. Man hat nur noch bei der Erledigung des Etats den Weg des Parlaments beschritten, und auch hier nur mehr pro forma. Sonst aber ist für die Gesetzgebung die Notverordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung an die Stelle der Beratung und Verabschiedung der Gesetzentwürfe durch den Reichstag getreten. In einem parlamentarisch regierten Land hat es bis jetzt wohl kaum eine Situation gegeben, die der gegenwärtigen deutschen gleicht. Die österreichische §-14-Wirtschaft in der vergessenen Vorkriegszeit kann damit nicht verglichen werden; denn damals handelte es sich um eine Obrigkeitsregierung, die dem Parlament gegenüberstand, jetzt aber ist es die vom Parlament selbst gebildete und in der Hauptsache aus Parlamentariern bestehende Regierung, die eben dieses Parlament ausschaltet. Eine Selbstausschaltung der Volksvertretung und die Ermächtigung an den Regierungschef nach eigenem Ermessen vorzugehen hat es freilich gelegentlich auch anderswo gegeben. So vor allem in jenem berühmten Fall, da die französische Währung einer Inflation zu verfallen drohte, und Raymond Poincaré die Gefahr durch sein umsichtiges, unbeirrtes Vorgehen beseitigte. Aber da handelte es sich eben nur um die Ermächtigung eine bestimmte festumgrenzte Aufgabe durchzuführen, und nach ihrer Erledigung trat der normale parlamentarische Zustand wieder von selber ein. Hier in Deutschland aber ist das Parlament

für unbestimmte Zeit beiseite geschoben, und zwar so, daß während dieses Zeitraums die Regierung alles, was ihr gut erscheint, aus eigener Machtvollkommenheit dekretieren kann. Dieser bis jetzt nicht gekannte und formal groteske Zustand einer Diktatur von Parlaments Gnaden darf nicht formal beurteilt werden. Er ist mit allen seinen Notverordnungen in der Notzeit gerechtfertigt, wenn eben die Not dadurch gebannt wird. Denn höher als die Funktion des deutschen Parlaments steht das Leben des deutschen Volks. Es ist nun zu untersuchen, welchen Gebrauch die deutsche Regierung von ihren Ausnahmebefugnissen gemacht hat und vor allem weiter zu machen gedenkt.

Heinrich Brüning hat sich als Reichskanzler durch sein sachlich bestimmtes Auftreten, das hier von Anfang an festgestellt und anerkannt wurde, ein nicht geringes Maß von Vertrauen, und nicht nur in Deutschland, erworben: so sehr, daß ihm dann auch ein Vorschuß an Vertrauen gewährt wurde. Bis vor kurzem konnte man auch ruhig sagen, daß er es in der Hauptsache gerechtfertigt hat. Eine Tatsache spricht jedenfalls für Brüning und seine Methode: daß nämlich Deutschland über einen schlimmen Winter besser herübergekommen ist als man im Herbst erwarten konnte. Gleichwohl haben sich die Schwierigkeiten im ganzen doch nur wenig vermindert, und grade im Augenblick ist angesichts des großen Defizits des Reichs, der Länder und vieler Gemeinden die Lage Deutschlands alles andere als günstig. Um so nötiger ist es, daß der Reichskanzler die seiner Regierung übertragene Machtvollkommenheit richtig benutzt. Indes, jetzt machen sich Anzeichen einer gewissen Unsicherheit bemerkbar. Die Kabinettsberatungen ziehen sich allzu lange hin, bilden eine Art Reichstagsersatz. Und daß die Bäcker in Berlin es am 4. Mai wagen konnten, entgegen dem ausgesprochenen Willen, ja einem Versprechen der Regierung, den Preis heraufzusetzen und so ein fait accompli zu schaffen, wie es in der deutschen Politik beliebt ist, das zeigt jedenfalls, daß der Respekt vor der Regierung nicht wenig gelitten hat, und daß man ihr zutraut, sie könne auch anders, wenn man ihr ordentlich begegne. Nun, diese eine Sache darf keinesfalls gelingen, die Bäcker müssen in ihre Grenzen zurückverwiesen werden. Das ist aus sozialen Gründen notwendig, auch aus rein politischen; denn es darf nicht dahin kommen, daß der Brotpreis zur Schicksalsfrage des Kabinetts Brüning wird. In diesen Dingen kann und soll die Reichsregierung ihre Verordnungsgewalt rückhaltlos anwenden. Daß so etwas geht, hat der bis jetzt erfolgreichste Diktator, Benito Mussolini, gezeigt. Das immer noch demokratische Deutschland darf sich gerade in der Ernährungswirtschaft keinesfalls von dem fascistischen Italien beschämen lassen.

Doch bis jetzt ist auf diesem Gebiet bei uns noch gar nichts Grundlegendes geschehen. Die deutsche Agrarwirtschaft ist für alle weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft überhaupt entscheidend. Was das Kabinett Brüning neustens für sie zuwege gebracht hat, ist indessen nicht mehr als eine Zusammenstellung von kleinen, sehr primitiven und nicht immer richtigen Einzelmaßnahmen. Eine wirkliche Neugestaltung der deutschen Getreidewirtschaft, wie sie hier seit jeher verlangt und oft gezeichnet wurde, ist nicht versucht worden. Hätte man sie auch nur in Angriff genommen, so wäre es bestimmt nicht nötig geworden, daß Deutschland nunmehr zu dem keineswegs erfreulichen Aushilfsmittel einer zollermäßigten Einfuhr ausländischen Weizens (wenn auch nur in einem sehr beschränkten Umfang: 20% derjenigen Menge, die im vorigen Jahr vom April bis zum Juni eingeführt wurde) greifen zu sollen glaubt.

BEI dieser letztgenannten Einzelmaßnahme, der man an sich keine übermäßige Bedeutung zuzuschreiben braucht, scheinen aber Zusammenhänge vorzuliegen, über die man deutlich reden muß. Es wurde nämlich in der Presse mitgeteilt, daß die Einfuhr dieser Getreidemenge nur über die Nordseehäfen erfolgen dürfe, das heißt praktisch, daß man nur Weizen aus Canada ins Land lassen will. Also genau das Gegenteil desjenigen Grundsatzes, der hier für eine eventuelle Getreideeinfuhr überhaupt aufgestellt worden ist. Es ist in den Sozialistischen Monatsheften des öftern ausgeführt worden, daß, wenn man sich schon in irgendeiner Situation dazu entschließen müsse ausländisches Getreide zu Hilfe zu nehmen, als Lieferungsländer nur Staaten Kontinentaleuropas in Betracht kommen dürften. Solche Maßnahme wäre ein Symptom des beginnenden kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses. Keinesfalls aber dürfen wir uns von Übersee abhängig machen. Nun kann man freilich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob Südosteuropa zurzeit in der Lage wäre uns die gewünschte Getreidemenge zu liefern. Aber das hätte sich durch die Praxis ganz von selber entschieden. Weshalb soll nun diese Probe durch die Beschränkung auf die Nordseehäfen von vornherein unmöglich gemacht werden? Sollten die Balkanstaaten wirklich keine Weizenvorräte mehr haben, so hätte die Zulassung der Einfuhr über die Donau niemandem geschadet, wohl aber jenen Ländern gezeigt, daß wir unsere natürliche Ergänzung in ihnen suchen. Der jetzige Reichsfinanzminister hat, als er noch Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister war, die Notwendigkeit die osteuropäischen Getreideländer bei etwaigem deutschen Bedarf zu bevorzugen in öffentlichen Reden mehr als einmal betont. Das war vernünftig und europäisch gesprochen. Und nun, da die Sache akut wird, geschieht das Gegenteil? Auch der Reichskanzler teilt die Auffassung, daß der gegenseitige Warenaustausch zwischen den europäischen Völkern dem mit außer-europäischen voranzugehen habe. (Man braucht sich auch nur die Statistik der deutschen Ein- und Ausfuhr anzusehen, um zu begreifen, daß sich das von selbst zu verstehen habe.) Aber jetzt, da Briand mit seinem großen Projekt der Ausgleichung und Angleichung der industriellen und der agrarischen Länder unseres Kontinents vor die Europakommission treten will, scheint Deutschland bei einer verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit zu zeigen, daß es die Verbindung mit dem überseeischen Angelsachsentum dem Zusammenwirken mit dem Kontinentaleuropäertum vorziehe. Der symptomatische, rein politische Effekt dieser Maßnahme geht in diesem Fall weit über ihre materiale, wirtschaftliche Bedeutung hinaus.

Dies um so mehr, als auch andere Vorgänge nicht geeignet sind Deutschland als einen Anhänger des Europäischen Gedankens erscheinen zu lassen. Da sind vor allem die Modalitäten, mit denen man die Errichtung einer deutsch-österreichischen Zollunion einleiten zu können glaubte. Die gleiche Tendenz bestimmte die Methode, mit der man bei uns die (wirklich nicht bedeutende) Erweiterung der russischen Bestellungen betrieben hat. Betrachtet man die Lieferung deutscher Waren an Rußland als eine vom geschäftlichen Standpunkt aus zu behandelnde Angelegenheit, so wäre gegen sie nichts zu sagen. Sehr viel indessen dagegen, daß man aus einer solch simplen Warenausfuhr (zu der die Ausführenden übrigens kein übermäßiges Vertrauen zu haben scheinen, da sie eine Staatsgarantie verlangen) eine politische Aktion gemacht hat, die als gegen Frankreich gerichtet gedeutet werden mußte. Man

versteht es nicht, daß nicht dem gewissenhaften Verweser des Reichswirtschaftsministeriums Ernst Trendelenburg die Erledigung dieser Angelegenheit allein überlassen wurde, wenn man sie überhaupt mit einer Reichsinstanz in Verbindung bringen wollte. Mußten die deutschen Rußlandreisenden durchaus auch vom Außenminister und sogar vom Reichskanzler empfangen werden, so daß dadurch der Öffentlichkeit demonstriert wurde, daß die angeblich rein geschäftliche Angelegenheit auch hoher politischer Art sei? Nun hat diese Demonstration zwar gar keine praktische Bedeutung zu unseren Gunsten, wohl aber sieht es, und dies zu unseren Ungunsten, so aus, als ob die deutsche Politik den Franzosen zeigen wolle, Deutschland könne auch gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich für die mit dem Bolschewismus optieren. Als ob sich eins gegen das andere ausspielen ließe. Doch scheint das die offizielle Meinung zu sein. Sie steht auf der Höhe derjenigen Politik, die der frühere Chef der Heeresleitung, der Abgeordnete Hans von Seeckt, wie auch die Welt am Montag berichtete, einem Vertreter des Pariser Excelsior auseinandergesetzt hat, und die in folgendem Exkurs gipfelte: Sollte die Abrüstungskonferenz einen Mißerfolg bringen, und der Völkerbund seine alte Politik fortsetzen, dann müßte Deutschland ohne Zögern aus dem Völkerbund austreten; zwischen Frankreich und Polen eingekeilt, müsse Deutschland dann »Verbindung mit den Sowjets« anknüpfen. Es ist die aus Anglophilie probolschewistische Politik des Auswärtigen Amts, die in allen solchen Kundgebungen zutage tritt. So auch in der Angelegenheit der Englandreise des Reichskanzlers und des Außenministers. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß die leitenden Persönlichkeiten der deutschen und der britischen Regierung freundschaftlich unbefangen zusammenkommen und sich aussprechen; um so weniger, wenn die Einladung von James Ramsay MacDonald ausgeht. Die Leiter der deutschen Politik könnten dem Chef der britischen Regierung die deutsche Lage auseinandersetzen und so das ihrige dazu beitragen, daß man in England den europäischen Standpunkt, gegen den die Balance-of-power-Doktrin gerichtet ist, verstehen lernt. Aber das deutsche Auswärtige Amt scheint mit diesem Besuch ganz andere Absichten zu verbinden. Das ergibt sich wenigstens daraus, daß es die Einladung in einem Augenblick der Öffentlichkeit bekanntgab, da sie in jedem Betracht deplaciert war: weshalb sie dann für jenen Zeitpunkt von England zurückgenommen wurde. Diese etwas peinliche Verschiebung zeigte jedem Unbefangenen, welchen Taktfehler man begangen hatte. Und doch ist man anscheinend wieder dabei sich einen noch größern zuschulden kommen zu lassen. Oder was ist es anderes, wenn die deutschen Zeitungen jetzt eine (offenbar offiziös inspirierte) Notiz des Inhalts bringen, daß die letzte Entscheidung über die deutsche und die europäische Politik bei der Zusammenkunft in Chequers, und nicht in Genf, fallen werde? Man muß solche Unterrichtung des deutschen Volks als einen Versuch zur Irreführung und zugleich als politischen Dilettantismus bezeichnen. Man hat den Eindruck, daß der deutsche Außenminister von seiner Bürokratie (die immer noch in den Zeiten Lord d'Abernons zu leben glaubt) vor fertige Tatsachen gestellt wird. Wie aber steht der Reichskanzler zu diesen Dingen? Wir sind auch heute noch davon überzeugt, daß er energisch, und klarer als seine Vorgänger, die für Deutschland einzig mögliche Politik der deutsch-französischen Verständigung will. Dann darf er aber Vorgänge solcher Art nicht dulden; sonst wird ihm der Weg verbaut, den er zu gehen entschlossen ist. 13 Nachkriegsjahre

haben mit übergroßer Deutlichkeit gezeigt, daß das deutsche Auswärtige Amt die Situation nach dem Weltkrieg ebenso unrichtig beurteilt wie während seines Verlaufs. Sowenig man es in den Jahren 1916 und 1917 erkannte, daß nur ein rechtzeitig mit Rußland zu schließender Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Deutschland zu retten vermochte, sowenig man damals jene einzig richtige östliche Orientierung sah, so wenig erkennt man heute die Notwendigkeit mit den Anbietungen an das Angelsachsentum Schluß zu machen und statt dessen die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Politik wie in der Wirtschaft zu betreiben. Vor einiger Zeit wurde ich von einem Mann, der im politischen Leben Deutschlands eine angesehene Stellung einnimmt, gefragt, was für positive Maßnahmen ich denn für die deutsch-französische Annäherung vorzuschlagen hätte. Ich antwortete ihm: das wichtigste Positivum sei die Unterlassung aller falschen, nämlich gegen Frankreich gerichteten Handlungen Deutschlands; das übrige würde sich von selbst ergeben, da Frankreich in seinem nationalen Interesse entschlossen sei den Zusammenschluß Europas zu bewirken, woran man es nur nicht hindern dürfe.



AS öffentliche Leben Deutschlands bewegt sich in kaum faßbaren Widersprüchen. Immer zahlreichere Politiker und Wirtschaftler von Rang erkennen die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Kooperation an. Namentlich drängt sich ihnen jetzt in der furchtbaren Wirtschaftskrise die Tatsache auf, daß man ohne die Hilfe der französischen Finanzkraft gar nicht wieder zu eignen Kräften kommen könne. Das hat auch der Reichsbankpräsident Hans Luther auf der letzten Generalversammlung der Reichsbank mit vollständiger Klarheit ausgesprochen. Warum aber zieht man nicht die Konsequenz aus solcher Erkenntnis? Mit Vorwürfen an Frankreich kommt man doch nicht weiter. Man muß, gleichviel ob man sie begrüßt oder verwünscht, die Tatsache anerkennen, daß Frankreich zurzeit die Vormacht in Europa ist, daß es auf dem Kontinent mächtiger ist als die angelsächsischen Reiche (die man bei uns allmächtig wähnt), daß aus diesem Grund der Schlüssel für die Lösung der Schwierigkeiten, unter denen die deutsche mit der europäischen Wirtschaft leidet, nicht in London und nicht in New York, wohl aber in Paris gefunden werden kann. Wir haben einen schweren und großen Krieg verloren und können seine Folgen nicht anders mildern als dadurch, daß wir uns auf den Boden des ganz und gar veränderten Europas stellen.

Diese Politik, die wir mit Nachdruck fordern, und von deren Befolgung alle, die an der Zukunft Deutschlands arbeiten, ihre Stellung zu Brüning abhängig machen sollten, wird uns, da sie nach oben führt, auch die Kraft geben die so lange aufgeschobenen Notwendigkeiten der deutschen Innenpolitik in Angriff zu nehmen. Die zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts notwendigen Maßnahmen auf einer Reihe von Gebieten sind nicht leicht und einfach durchzuführen. Namentlich die Reichsreform. Trotzdem, sie kann nicht länger entbehrt werden. Sie muß zur Rationalisierung der gesamten Reichswirtschaft führen. Dazu gehört auch, und nicht zuletzt, die Rationalisierung des Beamtenapparats. Hier ist die Köhlersche Besoldungsreform von Anfang an als der folgenschwerste Fehler unserer Finanzwirtschaft gekennzeichnet worden. Die von Ludwig Quessel (der jetzt tot ist und nie vergessen werden darf) immer wieder erhobene Forderung, daß man auf diesem Gebiet ganze Arbeit machen müsse, ist auch heute noch richtig. Wir wollen den

Beamten nichts zuleide tun. Aber in dieser Zeit der furchtbaren Massenarbeitslosigkeit kann man von denen, deren Existenz jedenfalls gesichert ist, auch größere Einsicht und damit Opfer erwarten. Vor allem aber muß die Reichsreform uns die gesetzgebende Zweite Kammer bringen: eine Kammer der Arbeit, die neben dem aus allgemeinen Wahlen gebildeten politischen Parlament nicht länger entbehrt werden kann. Viel wirtschaftlich Schiefes und Falsches hätte sich nicht durchsetzen können, wenn eine auf den zusammengefaßten Gewerben beruhende Wirtschaftskammer rechtzeitig geschaffen worden wäre. In einer solchen Korporation, die ihrer ganzen Struktur nach produktive Arbeit zum Wiederaufbau Deutschlands leisten müßte, könnten Parteien, die überhaupt nur von der wirtschaftlichen Not Deutschlands leben, nicht Geltung erlangen. Die Schaffung der Zweiten Kammer muß ein integrierender Bestandteil der Reichsreform sein. Diese umfaßt auch eine Reihe anderer Forderungen, die dann, wenn die Produktivkräfte sich besser in der Gesetzgebung auswirken können, einfacher und richtiger durchgeführt werden können. Das gilt auch für die Aufhebung der Länderparlamentarismen. Wird Deutschland im Sinn eines regionalistischen Unitarismus umgestaltet, so erledigen sich die Einzelparlamente allerdings von selbst. Aber das wird erst der Schlußstein der Reichsreform sein, den man setzt, wenn alles übrige aufgebaut ist. Es gibt freilich in Deutschland Kreise, deren Reichsreform allein in dem Wunsch besteht das Preußen der Otto Braun und Carl Severing zu beseitigen. Eine falschere Reichsreform wäre nicht gut denkbar. Denn auch politische Gegner der Sozialdemokratie sollten zugeben, daß es, objektiv gesehen, ein großes Glück für das deutsche Volk ist, daß die stabile Preußenregierung das größte deutsche Land bewahrt und seine Verwaltung in Funktion gehalten hat.

Die eigentlichen und auch die schwersten Aufgaben, die für Deutschland zu vollbringen sind, hat Heinrich Brüning also erst noch in Angriff zu nehmen. Von einem richtigen außenpolitischen Standpunkt aus findet er leicht die richtige Orientierung in der Innenpolitik und Innenwirtschaft. Aber viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird auf dem Parteitag in Leipzig darzulegen haben, aus welchen Gründen und mit welcher Absicht sie die Regierung Brüning toleriert hat. Diese Begründung wird ihr leicht fallen, wenn der Reichskanzler in diesen Wochen eine entschiedene Wendung zur Europapolitik macht. Die Europakonferenz dieses Jahres soll den konkreten Beginn der europäischen Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet bringen. Wir erwarten, daß vornehmlich Deutschland mit all den hervorragenden Kräften, die dem deutschen Volk innewohnen, aktiv dabei mitwirkt. Erst dann wird man abschließend sagen können, wie wir wirklich zu Brüning stehen.

RICHARD KLEINEIBST · VOR DER EUROPA-KONFERENZ

MEINE lieben Landsleute haben sich ernstlich eingebildet, die Franzosen trachteten nicht nur nach den Kronen der deutschen Duodezfürsten sondern auch nach den Erdäpfeln ihrer Untertanen, und es gelüstete sie nach dem Besitze des Rheinlandes, um unsern guten Rheinwein zu trinken. O, nicht doch! Die Franzosen werden uns gerne unsere Kartoffeln lassen, sie, welche die Trüffeln von Perigord besitzen, und sie können sehr wohl den Rheinwein entbehren, da sie den Cham-